



Niederschrift Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

Sitzungstermin:	Mittwoch, 13.03.2019
Sitzungsbeginn:	19:00 Uhr
Sitzungsende:	20:58 Uhr
Ort, Raum:	Bürgersaal des Stadthauses
Sitzungsnummer	HFA/028/19

- 1 Bericht des Magistrats
- 1.1 Krimilesung im Schöfferhaus am 25.02.2019
- 1.2 Imagefilm für Gernsheim
- 1.3 Einweihung der Quarantänestation auf dem Gelände des Tierheims Gernsheim
- 1.4 Festgottesdienst am Tag des Hl. Josefs
- 1.5 Entwicklung der Gewerbesteuer
- 2 Vorbereitung der Wahl der Mitglieder der Einsatzabteilungen in der Brandschutzkommission
Vorlage: 0027/S/19
- 3 Tisch und Bänke am Pilgerweg nach Maria Einsiedel
Antrag der SPD-Fraktion vom 05.02.2019, eingegangen am 11.02.2019
Vorlage: 0023/S/19
- 4 Öffentlich zugänglicher Straßenkataster
Antrag der SPD-Fraktion vom 08.02.2019, eingegangen am 11.02.2019
Vorlage: 0024/S/19
- 5 Entlastung von Schwerlastverkehr in Gernsheim Nord
Prüfantrag der SPD-Fraktion vom 04.02.2019, eingegangen am 11.02.2019 sowie Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom 12.03.2019, eingegangen am 12.03.2019
Vorlage: 0025/S/19
- 6 Änderung oder Aufhebung der Straßenbeitragssatzung vom 07.06.2006
Antrag der FWG vom 14.02.2019, eingegangen am 14.02.2019 sowie Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion vom 25.02.2019, eingegangen am 25.02.2019 sowie Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion vom 07.03.2019, eingegangen am 07.03.2019 (zurückgezogen per Mail am 09.03.2019) sowie Änderungsantrag zum Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion vom 12.03.2019, eingegangen am 12.03.2019
Vorlage: 0033/S/19

- 7 Abschaffung der Straßenbeitragssatzung (STrBS) vom 07.06.2006;
Prüfung alternativer Finanzierungsmöglichkeiten bei
Straßenerneuerungsmaßnahmen
Prüfantrag der SPD-Fraktion vom 08.02.2019, eingegangen am
11.02.2019 sowie Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 08.03.2019,
eingegangen am 08.03.2019
Vorlage: 0026/S/19
- 8 Ausbau des Tanklagers Solvadis
Resolutionsantrag der FDP-Fraktion vom 25.02.2019, eingegangen am
25.02.2019 sowie Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 12.03.2019,
eingegangen am 12.03.2019
Vorlage: 0040/S/19
- 9 Ehrung gemäß § 5 Ziffer 4 der Hauptsatzung der Schöfferstadt Gernsheim
beschlossen durch Magistrat am 07.02.2019
Vorlage: 0012/S/19

Anwesenheit: Siehe beiliegende Teilnehmerliste

Verlauf

Frau stellvertretende Vorsitzende Bonifer begrüßt die Anwesenden und die Gäste sowie Herrn Winter von der Presse und eröffnet die Sitzung. Die fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit werden festgestellt. Einwände gegen die Tagesordnung werden nicht erhoben.

Herr Bürgermeister Burger beantragt, den Tagesordnungspunkt 9 in nicht-öffentlicher Sitzung zu behandeln.

Herr Fraktionsvorsitzender Jirele beantragt, die Tagesordnungspunkte 6 und 7 zur gemeinsamen Beratung aufzurufen.

Beiden Anträgen wird einvernehmlich zugestimmt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt Frau stellvertretende Vorsitzende Bonifer fest, dass folgende Damen und Herren stimmberechtigt sind:

Für die CDU-Fraktion: Herr Trock, Herr Geiger, Frau Bonifer

Für die SPD-Fraktion: Herr Jirele, Frau Goetz

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Herr Bornhofen

Für die FDP-Fraktion: Frau Rittberger-Göbler

1 Bericht des Magistrats

Herr Bürgermeister Burger berichtet zunächst über die Themen des Magistratsberichtes für den Ausschuss für Jugend, Kultur, Sport und Soziales:

1.1 Krimilesung im Schöfflerhaus am 25.02.2019

Am 25.02.2019 fand die erste von zwei Krimilesungen statt, die das Kulturamt in Zusammenarbeit mit der KVHS und der Buchhandlung Bornhofen jährlich durchführt.

Gelesen wurde von Autorin Silke Ziegler aus Weinheim. Anwesend waren ca. 12 Gäste.

Seitens des Kulturamts wird hinterfragt, ob diese Veranstaltungsreihe zukünftig fortgeführt werden soll, da der Arbeitsaufwand und die Resonanz zu diesen Veranstaltungen nicht mehr in einem adäquaten Verhältnis stehen.

1.2 Imagefilm für Gernsheim

Der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 21.11.2018, Vorlage Nr. 0236/S/18-14 wurde in der Dezember-Sitzungsrunde zurückgezogen; es wurde gleichzeitig vereinbart, zu prüfen, ob die Erstellung eines Imagefilmes im Rahmen des Projektes „Stadtumbau Hessen“ bezuschusst wird.

Die Prüfung ist seitens der Verwaltung erfolgt und im Ergebnis ist festzuhalten, dass dieses Projekt nur dann förderfähig ist, wenn sich die Erstellung des Imagefilmes ausschließlich auf das Stadtumbaugebiet beschränkt.

Da sich ein Imagefilm über Gernsheim, der das Ziel einer Standortwerbung verfolgt, nicht auf das Stadtumbaugebiet beschränken lässt, ist die Förderfähigkeit somit nicht gegeben und das Projekt aufgrund der finanziellen Aspekte nicht weiter zu verfolgen.

1.3 Einweihung der Quarantänestation auf dem Gelände des Tierheims Gernsheim

Dank vielfacher finanzieller Unterstützung, unter anderem seitens der Schöfflerstadt Gernsheim mit einer Summe von 65.000,00 Euro, konnte die Quarantänestation auf dem Gelände des Tierheims Gernsheim am Donnerstag, dem 07. März 2019, eingeweiht werden.

Der Deutsche Tierschutzbund e. V. unterstützte diese Maßnahme mit einer Summe von 50.000,00 Euro.

Das Gesamtvolumen wird mit ca. 190.000,00 Euro angegeben.

1.4 Festgottesdienst am Tag des Hl. Josefs

Am 19.03.2019 findet um 19:00 Uhr in der katholischen Pfarrkirche ein Festgottesdienst anlässlich des Josefstages statt. Der Hl. Josef ist der Schutzpatron der Schöffersstadt Gernsheim. Alle Anwesenden sind zur Teilnahme am Gottesdienst recht herzlich eingeladen.

Herr Bürgermeister Burger berichtet im Rahmen des Magistratsberichts nun zu dem Themen des Haupt- und Finanzausschusses:

1.5 Entwicklung der Gewerbesteuer

Die Einnahmen der Gewerbesteuer in Höhe von 11,933 Mio. Euro sind im laufenden Jahr gegenüber der geplanten Gewerbesteuererinnahme in Höhe von 12,0 Mio. Euro minimal unterschritten. Es ist jedoch festzustellen, dass in der Entwicklung große Schwankungen zu verzeichnen sind und ein Überschuss zum Jahresende nicht exakt vorausszusagen ist.

2 Vorbereitung der Wahl der Mitglieder der Einsatzabteilungen in der Brandschutzkommission Vorlage: 0027/S/19

Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

BESCHLUSS:

Die Stadtverordnetenversammlung wählt gemäß § 17 Abs. 3 Buchstabe e der Satzung für die Freiwillige Feuerwehr der Stadt Gernsheim vom 05.02.2013 auf Vorschlag der Freiwilligen Feuerwehren Gernsheim, Allmendfeld und Klein-Rohrheim folgende Personen in die Brandschutzkommission:

Herrn Alexander Köth - Mitglied FFW Gernsheim
Pfälzer Straße 1

Herrn Frank Vatter - Mitglied FFW Gernsheim Allmendfeld
Raiffeisenstraße 9

Frau Petra Helfrich - Mitglied FFW Gernsheim Klein-Rohrheim
Am Bildstock 1.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zur Kenntnis genommen

**3 Tisch und Bänke am Pilgerweg nach Maria Einsiedel
Antrag der SPD-Fraktion vom 05.02.2019, eingegangen am 11.02.2019
Vorlage: 0023/S/19**

Seitens der SPD-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

„Die SPD-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Tisch und die vier Bänke entlang des Pilgerweges werden gegen neue ausgetauscht.

Die Finanzierung erfolgt aus dem Produkt 54 102.“

ABSTIMMUNGSERGEBNIS: Zustimmung

Ja-Stimmen : einstimmig
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : -

**4 Öffentlich zugänglicher Straßenkataster
Antrag der SPD-Fraktion vom 08.02.2019, eingegangen am 11.02.2019
Vorlage: 0024/S/19**

Seitens der SPD-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

„Die SPD-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen:

Der Magistrat beauftragt die Verwaltung mit der Erstellung eines öffentlich, digital zugänglichen Straßenkatasters, in dem jeder Bürger die in Zustandsklassen bewertete Straße, die letztmalige Sanierung und Vorplanung für eine künftig geplante grundhafte Sanierung erkennen kann.“

Im Rahmen der Aussprache teilt Herr Bürgermeister Burger mit, dass aufgrund der Komplexität des Themenfeldes „Abschaffung/Änderung Straßenbeitragssatzung“, zu welchem weitere zu behandelnde Anträge vorliegen, in einer noch zu terminierenden Sondersitzung des Haupt- und Finanzausschusses gesondert beraten werden soll.

Aufgrund weiteren Beratungsbedarfs wurde bereits im Bauausschuss seitens des Antragstellers erklärt, dass über diesen Tagesordnungspunkt erst in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 20.03.2019 abgestimmt werden soll.

**5 Entlastung von Schwerlastverkehr in Gernsheim Nord
Prüfantrag der SPD-Fraktion vom 04.02.2019, eingegangen am
11.02.2019 sowie Ergänzungsantrag der SPD-Fraktion vom
12.03.2019, eingegangen am 12.03.2019
Vorlage: 0025/S/19**

Seitens der SPD-Fraktion wird folgender Prüfantrag vorgelegt:

„Die SPD-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, dass der Magistrat prüft, ob eine Entlastung der Anwohner in Gernsheim Nord durch eine geänderte Verkehrsführung für Lkw herbeigeführt werden kann.

Hierzu nimmt der Magistrat entsprechende Gespräche mit allen relevanten Behörden und Organisationen auf, um festzustellen, ob und wie folgende Projekte realisierbar sind:

1. Der gesamte Lkw-Verkehr aus dem Gernsheimer Hafen und dem Industriegebiet Nord wird über eine neu zu errichtende Bahnüberführung in der Verlängerung der Chemiestraße auf die Emanuel-Merck Straße geleitet.
2. Als Alternative zu einem Neubau einer Bahnüberführung wird der gesamte LKW-Verkehr aus dem Gernsheimer Hafen und dem Industriegebiet Nord über die Mainzer Straße in Richtung Biebesheim und das dortige Industriegebiet (HIM) abgeleitet.

Über die Ergebnisse zu Punkt 1 und 2 berichtet der Magistrat bis zu den Sommerferien in einer Sitzung des Bauausschusses.“

Weiterhin wird von der SPD-Fraktion folgender Ergänzungsantrag vorgelegt:

„Die SPD-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung zu beschließen, dass der Magistrat prüft, ob eine Entlastung der Anwohner in Gernsheim Nord durch eine geänderte Verkehrsführung für Lkw herbeigeführt werden kann.

Hierzu nimmt der Magistrat entsprechende Gespräche mit allen relevanten Behörden und Organisationen auf, um festzustellen, ob und wie insbesondere folgende Projekte realisierbar sind:

1. Der gesamte Lkw-Verkehr aus dem Gernsheimer Hafen und dem Industriegebiet Nord wird über eine neu zu errichtende Bahnüberführung in der Verlängerung der Chemiestraße auf die Emanuel-Merck Straße geleitet.
2. Als Alternative zu einem Neubau einer Bahnüberführung wird der gesamte Lkw-Verkehr aus dem Gernsheimer Hafen und dem Industriegebiet Nord über die Mainzer Straße in Richtung

Biebesheim und das dortige Industriegebiet (HIM) abgeleitet.

Sollte die Prüfung aus Punkt 1 und 2 ergeben, dass diese Projekte nicht realisierbar sind, bitten wir den Magistrat, weitere Vorschläge für eine geänderte Verkehrsführung, die zu einer Entlastung der Anwohner in Gernsheim Nord führen, auszuarbeiten.

Über die Ergebnisse berichtet der Magistrat bis zu den Sommerferien in einer Sitzung des Bauausschusses.“

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kaspar schlägt vor, den im Ergänzungsantrag eingefügten Satz „Sollte die Prüfung aus Punkt 1 und 2 ergeben, dass diese Projekte nicht realisierbar sind, bitten wir den Magistrat, weitere Vorschläge für eine geänderte Verkehrsführung, die zu einer Entlastung der Anwohner in Gernsheim Nord führen, auszuarbeiten“ als Punkt 3 zu benennen und über die Punkte getrennt abzustimmen. Dem stimmt Herr Jirele für die SPD-Fraktion zu.

Im Rahmen der Aussprache informiert Herr Bürgermeister Burger darüber, dass die Baugenehmigung der zwei Hallen für ein Logistikzentrum auf dem Gelände der Dr.-Schwieta-Stiftung seitens der Verwaltung korrekt und in einem standardisierten Verfahren abgearbeitet wurde. Die Abwassererschließung stehe noch aus und sei in einem städtebaulichen Vertrag zu regeln. Er bietet an, im Anschluss an die Sitzung Einsichtnahme in das Bauantragsverfahren zu nehmen. Das Angebot wird von Herrn Jirele im Anschluss an die Sitzung wahrgenommen.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS zu Punkt 1: Ablehnung

Ja-Stimmen : 2 (SPD)
Nein-Stimmen : 4 (3 CDU, 1 FDP)
Enthaltung : 1 (Bündnis 90/Die Grünen)

ABSTIMMUNGSERGEBNIS zu Punkt 2: Ablehnung

Ja-Stimmen : 3 (1 CDU, 2 SPD)
Nein-Stimmen : 3 (2 CDU, 1 FDP)
Enthaltung : 1 (Bündnis 90/Die Grünen)

ABSTIMMUNGSERGEBNIS zu Punkt 3: Ablehnung

Ja-Stimmen : 2 (SPD)
Nein-Stimmen : 3 (2 CDU, 1 FDP)
Enthaltung : 2 (1 CDU, 1 Bündnis 90/Die Grünen)

Die Tagesordnungspunkte 6 und 7 werden zur gemeinsamen Aussprache aufgerufen.

6 Änderung oder Aufhebung der Straßenbeitragssatzung vom 07.06.2006
Antrag der FWG vom 14.02.2019, eingegangen am 14.02.2019 sowie
Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion vom 25.02.2019, eingegangen
am 25.02.2019 sowie Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion vom
07.03.2019, eingegangen am 07.03.2019 (zurückgezogen per Mail am
09.03.2019) sowie Änderungsantrag zum Ergänzungsantrag der FDP-
Fraktion vom 12.03.2019, eingegangen am 12.03.2019
Vorlage: 0033/S/19

Seitens der FWG-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

„Die FWG Gernsheim beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung folgenden Punkte zu beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt für die SSV eine Beschlussvorlage zu erstellen, in der die Straßenbeitragssatzung vom 07.06.2006 dahingehend abgeändert oder aufgehoben wird, damit zukünftige Kosten für Straßensanierungen komplett aus dem Haushalt zu finanzieren sind.
2. Für eine eventuelle anteilige Rückerstattung für Sanierungen aus dem Jahr 2017 erstellt der Magistrat eine Kostenrechnung.“

Seitens der FDP-Fraktion wird folgender Ergänzungsantrag vorgelegt:

„Die FDP-Fraktion beantragt, den Antrag der FWG wie folgt zu ergänzen:

"Aufgrund der §§ S, 51 und 93 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBI Seite 142), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28. Mai 2018 (GVBI Seite 247), der §§ 1 bis Sa, 60, 11 des Hessischen Gesetzes über kommunale Abgaben in der Fassung vom 24. März 2013 (GVBI Seite 134), zuletzt geändert durch Artikel des Gesetzes vom 28. Mai 2018 (GVBI Seite 247), hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gernsheim in der Sitzung am 20.03.2019 folgende Satzung über die Aufhebung der Straßenbeitragssatzung der Stadt Gernsheim beschlossen:

§1

Die Straßenbeitragssatzung der Stadt Gernsheim zur Erhebung einmaliger Straßenbeiträge vom 07.06.2006, in Kraft getreten am 07.06.2006, wird aufgehoben.

§2

Diese Aufhebungssatzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Die Satzung wird hiermit ausgefertigt."

Seitens der FDP-Fraktion wird folgender Änderungsantrag zum Ergänzungsantrag vorgelegt:

"Aufgrund der §§ S, 51 und 93 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. März 2005 (GVBI Seite 142), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28. Mai 2018 (GVBI Seite 247), der §§ 1 bis Sa, 60, 11 des Hessischen Gesetzes über kommunale Abgaben in der Fassung vom 24. März 2013 (GVBI Seite 134), zuletzt geändert durch Artikel des Gesetzes vom 28. Mai 2018 (GVBI Seite 247), hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Gernsheim in der Sitzung am 20.03.2019 folgende Satzung über die Aufhebung der Straßenbeitragssatzung der Stadt Gernsheim beschlossen:

§1

Die Straßenbeitragssatzung der Stadt Gernsheim zur Erhebung einmaliger Straßenbeiträge vom **23.05.2006**, in Kraft getreten am 07.06.2006, wird aufgehoben.

§2

Diese Aufhebungssatzung tritt am Tag nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.“

Gemeinsame Aussprache zu TOP 6 und 7:

Herr Bürgermeister Burger hat bereits in der Sitzung des Bauausschusses angeboten, aufgrund der Komplexität des Themenfeldes in einer Sondersitzung des Haupt- und Finanzausschusses, die noch vor der Sommerpause einberufen werden soll, nochmals gesondert zu beraten.

Aussprache zu Tagesordnungspunkt 6:

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kaspar schlägt vor, dass über den Antrag der FWG-Fraktion sowie über den Änderungsantrag zum Ergänzungsantrag der FDP-Fraktion erst in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung **nach** der Sondersitzung des Haupt- und Finanzausschusses abgestimmt werden soll und die Anträge bis dahin zurück gestellt werden sollen.

Herr Diller erklärt für die FWG-Fraktion, dass er damit einverstanden ist.

Frau Rittberger-Göbler erklärt für die FDP-Fraktion, dass sie damit einverstanden ist.

**7 Abschaffung der Straßenbeitragssatzung (STrBS) vom 07.06.2006;
Prüfung alternativer Finanzierungsmöglichkeiten bei
Straßenerneuerungsmaßnahmen
Prüfantrag der SPD-Fraktion vom 08.02.2019, eingegangen am
11.02.2019 sowie Änderungsantrag der SPD-Fraktion vom 08.03.2019,
eingegangen am 08.03.2019
Vorlage: 0026/S/19**

Seitens der SPD-Fraktion wird folgender Prüfantrag vorgelegt:

„Die SPD-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung, folgende Prüfung zu beschließen:

Der Magistrat prüft folgende Möglichkeiten:

1. Die Straßenbeitragssatzung vom 07.06.2006 aufzuheben und künftig bei Straßensanierungen anfallende Kosten aus dem laufenden Haushalt zu finanzieren.
2. Wiederkehrende Straßenbeiträge einzuführen.

Bei Zustimmung zu einem der Punkte 1 oder 2 prüft der Magistrat ferner, ob und wie für die Bürger, die seit 2006 bei Straßensanierungsmaßnahmen Anliegerkosten gezahlt haben, zukünftig ein Ausgleich gewährt werden kann.“

Seitens der SPD-Fraktion wird folgender Änderungsantrag zum Prüfantrag vorgelegt:

„Die SPD-Fraktion beantragt und bittet die Stadtverordnetenversammlung, folgenden Änderungsantrag zum Prüfantrag 0026/S/19 zu beschließen:

Der Magistrat prüft folgende Möglichkeiten:

1. Die Straßenbeitragssatzung vom 07.06.2006 aufzuheben und künftig bei Straßensanierungen anfallende Kosten aus dem laufenden Haushalt zu finanzieren.
2. Wiederkehrende Straßenbeiträge einzuführen.
3. Der Magistrat prüft ferner, ob und wie für die Bürger, die seit 2006 bei Straßensanierungsmaßnahmen Anliegerkosten gezahlt haben, zukünftig ein Ausgleich gewährt werden kann.

In einer der nächsten HFA-Sitzungen vor der Sommerpause stellt der Magistrat die Ergebnisse der Prüfungen vor.“

Gemeinsame Aussprache zu TOP 6 und 7:

Herr Bürgermeister Burger hat bereits in der Sitzung des Bauausschusses angeboten, aufgrund der Komplexität des Themenfeldes in einer Sondersitzung des Haupt- und Finanzausschusses, die noch vor der Sommerpause einberufen werden soll, nochmals gesondert zu beraten.

Aussprache zu Tagesordnungspunkt 7:

Herr Bürgermeister Burger erklärt zu Punkt 3 des Antrages, dass eine Ausgleichszahlung für Bürger, die für Sanierungsarbeiten bereits belangt wurden, nicht gewährt werden könne, da bis zum 30.06.2018 für die Kommune die gesetzliche Verpflichtung bestanden habe, Straßenbeiträge zu erheben. Seit dem 01.07.2018 seien keine weiteren Bescheide ausgefertigt worden.

Herr Stadtverordnetenvorsteher Kaspar schlägt vor, über den Punkt 3 nicht abzustimmen und diesen als erledigt zu erklären.

Herr Jirele erklärt für die SPD-Fraktion, dass er damit einverstanden ist.

Die Abstimmung über Punkt 1 und 2 erfolgt getrennt.

ABSTIMMUNGSERGEBNIS zu Punkt 1: Zustimmung

Ja-Stimmen : 6 (3 CDU, 2 SPD, 1 Bündnis 90/Die Grünen)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 1 (FDP)

ABSTIMMUNGSERGEBNIS zu Punkt 2: Zustimmung

Ja-Stimmen : 6 (3 CDU, 2 SPD, 1 Bündnis 90/Die Grünen)
Nein-Stimmen : -
Enthaltung : 1 (FDP)

- 8** **Ausbau des Tanklagers Solvadis**
Resolutionsantrag der FDP-Fraktion vom 25.02.2019, eingegangen am 25.02.2019 sowie Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 12.03.2019, eingegangen am 12.03.2019
Vorlage: 0040/S/19

Seitens der FDP-Fraktion wird folgender Antrag vorgelegt:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

"Resolution zum Ausbau des Tanklagers Solvadis

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt spricht sich gegen eine Erweiterung der im Gernsheimer Hafen befindlichen Tankanlage im Allgemeinen und gegen eine von der Firma Solvadis beim Regierungspräsidenten beantragten Erweiterung dieser Anlage im Besonderen aus.

Die Stadtverordnetenversammlung behält sich vor, über alle Maßnahmen in diesem Zusammenhang im Einzelfall zu entscheiden."

Aufgrund der Aussprache im Bauausschuss legt die FDP-Fraktion folgenden Änderungsantrag vor:

„Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

"Resolution zum Ausbau des Tanklagers Solvadis

Die Stadtverordnetenversammlung der Schöfferstadt spricht sich gegen eine Erweiterung der im Gernsheimer Hafen befindlichen Tankanlage im Allgemeinen und gegen eine von der Firma Solvadis beim Regierungspräsidenten beantragten Erweiterung dieser Anlage im Besonderen aus.“

Dem Hinweis, dass im Resolutionstext die Ergänzung „Schöfferstadt **Gernsheim**“ erfolgen soll, wird einvernehmlich zugestimmt.

Seitens der FDP-Fraktion wird erklärt, dass die Abstimmung über diesen Tagesordnungspunkt erst in der Stadtverordnetenversammlung am 20.03.2019 erfolgen soll.

Gelesen, genehmigt und unterschrieben

Stellv. Vorsitzende

Schriftführerin
hü